

Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 229 (1950)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1948/49

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-375391>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1948/49

Das vergangene Jahr hat sich weltpolitisch durch eine zeitweise recht bedrohliche Spannung zwischen Ost und West ausgezeichnet, da auf den stets weitergreifenden Vorstoß Rußlands gegen Westen (Tschechoslowakei, Ungarn) hin die Westmächte sich zum sog. Atlantikpakt zusammenschlossen, um dieser Bewegung entgegenzuwirken. Diese Erscheinungen waren selbstverständlich nicht dazu angetan, den Weltwirtschaftsverkehr zu fördern, sondern brachten im Gegenteil erhebliche Erschwerungen, so z. B. die Blockade Berlins durch die Russen, die dann durch eine teure Luftbrücke der westlichen Alliierten gebrochen wurde. Dagegen hat nun die sich auf 20 Milliarden Dollar beziffernde „Marshallhilfe“ der USA eine wirtschaftliche Belebung gebracht. Sie hat vor allem die industrielle Produktion der wirtschaftsschwachen Länder angekurbelt und die Versorgungslage sichtlich entspannt. Durch die am 16. Oktober 1948 abgeschlossene Pariser Übereinkunft wurde nun auch versucht, die Währungsschwierigkeiten zu überbrücken, wobei die finanzstarken Länder den schwachen Ländern Vorschüsse auf Rechnung der Marshallhilfe gewähren. In das letzte Jahr fiel auch der Abschluß eines Welthandelsstatuts in Havanna, das freilich an den tatsächlichen Verhältnissen nicht viel ändern wird, weil die zahlreichen Ausnahmen allzu viele Löcher schlagen werden. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, beim Marshallplan mitzuwirken und hat auch in Havanna mitberaten; sie hat aber stets Mühe, Verständnis für ihre besondere Lage zu finden. Ihr Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland leidet darunter, daß man ihrem Export alle Restriktionen auferlegen möchte, ohne in entsprechende Gegenleistungen einzuwilligen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau in den kriegsgeschädigten Ländern, auch in Deutschland, hat nun doch in letzter Zeit Fortschritte gemacht, wenn auch zu sagen ist, daß die Nationalisierung der Industrie, wo sie zur Anwendung kam, vielfach Enttäuschungen brachte, jedenfalls aber die wirtschaftliche Wiedergesundung nicht in gewünschtem Maße begünstigte.

In der Schweiz hat die Hochkonjunktur im vergangenen Jahre noch angehalten, wobei sich allerdings Anzeichen eines bevorstehenden Umschwunges geltend machen, der schon lange prophezeit worden war, aber zum Glück noch nicht so rasch einsetzte. Hatten wir zu Beginn des Berichtsjahres zunächst nicht nur Vollbeschäftigung, sondern sogar Mangel an Arbeitskräften, der nur mit ausländischen Arbeitskräften gedeckt werden konnte, so ist das nun wieder vorbei. Es zeigt sich, daß das Ausland nicht mehr im gleichen Maße für die Deckung seines Bedarfes auf die Schweiz angewiesen ist, wie dies in der ersten Nachkriegszeit der Fall gewesen war. Das bedeutet, daß der Preis der Waren erneut eine Rolle spielt und wir die Konkurrenz der wieder erstarkenden ausländischen Industrie zu spüren bekommen. Die Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland werden auch zusehends schwieriger. Um die Mitte des letzten Jahres begann unser Export abzuflauen, während der Importdruck sich noch verschärfte. Nicht nur sind die Umsätze mit den planwirtschaftlich eingestellten

Staaten geringer geworden, sondern werden auch unsere Exportwaren als Luxusgüter oder «non essentials» in den westlichen Staaten Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Das Preisniveau hat sich im vergangenen Jahr stabilisiert und konnte auch das Lohn- und Preisstabilisierungsabkommen im Oktober 1948 für ein weiteres Jahr verlängert werden. Der Lebenskostenindex ist denn auch im Jahre 1948 nur um einen Punkt gestiegen, sank aber Ende April 1949 auf 161,2 zurück. Der Großhandelsindex stand Ende April 1949 auf 209 gegen 218 Ende April 1948. Die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln hat nun auch wieder den vollen Friedensstand erreicht, so daß die Rationierung restlos aufgehoben werden konnte. Dagegen tauchten bereits wieder Schwierigkeiten mit der Verwertung von Produktionsüberschüssen auf, so bei den Kartoffeln, dem Obst, aber auch beim Wein, wo sogar bedrohliche Absatzschwierigkeiten aufgetreten sind. Ein Gleiches könnte trotz reduzierten Viehbestandes auch bei der Milch sich wieder einstellen.

Die Landwirtschaft kann mit dem vergangenen Jahr zufrieden sein. Die Erträge des Vorjahres hatte keine schlimmen Nachwirkungen. Der Ertrag an Heu und Gnd wie auch an Getreide wurde zwar durch die feuchte Sommerwitterung beeinträchtigt, dafür gab es trotz einer mittleren Ernte Kartoffeln mehr als genug, weil der Konsum erheblich nachgelassen hatte. Der Gesamtertrag der Landwirtschaft stand mit 2130 Millionen Fr. um 5,2 % über dem Vorjahr, wogegen die Produktionskosten eine weitere Verteuerung von 6,7 % erfuhren. Der Mehrertrag ging vor allem auf die Zierhaltung zurück, auf die allein 34,4 % entfielen. Infolge starker Kraftfutterverwendung stieg der Milchertrag trotz verminderter Viehzahl infolge der Erträge des Vorjahres. 12 % der Käse wurden wieder exportiert.

Die Industrie hatte im ganzen genommen immer noch ein gutes Jahr mit Vollbeschäftigung. Die Metall- und Maschinenindustrie verspürt aber den wesentlich schärferen Konkurrenzkampf auf den ausländischen Märkten, wobei auch die vermehrten Einfuhrrestriktionen lähmend wirken. Einstweilen fehlt es aber an Aufträgen noch nicht. Die Uhrenindustrie hatte mengenmäßig noch größere Exportziffern als im Vorjahr, die Werte gingen aber wegen weichender Preise zurück. Der Anteil der Uhren am Gesamtexport beträgt aber immer noch 21,5 %. In der Textilindustrie machten sich da und dort Absatzstokungen bemerkbar, da der Nachholbedarf weitgehend gedeckt ist. So meldet die Wollindustrie einen fühlbaren Konjunkturrückgang, während die Baumwollbranche noch gut arbeitete. Auch die Kunstseideindustrie spürt das Nachlassen der Nachfrage. Erheblich gestaltete sich der Exportrückgang in der Seidenweberei. Auch in der Stickerei ging die Beschäftigung zurück und erreichte der Export 1948 nur mehr 60 Millionen Fr. gegenüber 90 Millionen im Vorjahr. Die an und für sich bestehende Nachfrage konnte vielfach wegen devisen- und handelspolitischen Schwierigkeiten nicht ge-

deckt werden. Die Lebensmittelindustrie hat im vergangenen Jahr gut gearbeitet, ebenso die chemisch-pharmazeutische Industrie, die allerdings auch auf zusehends größere Schwierigkeiten im Ausland stößt.

Im Baugewerbe ist die Bohnbautätigkeit in starkem Maße fortgesetzt worden, wogegen die industriell-gewerblichen sowie die öffentlichen Bauten zurückzutreten hatten.

Die Hotellerie mußte infolge der ungünstigen Sommerwitterung, aber auch wegen der Devisenrestriktionen für englische Gäste einen Rückgang der Logiernächte verzeichnen, der z. B. im Berner Oberland etwa 12 % betrug. Im Verkehrsweisen hat das Auto wieder zunehmend Bedeutung gewonnen, was die Bahnunternehmungen, einschließlich die Bundesbahnen, deutlich zu spüren bekamen.

Ein schwieriges Kapitel bildet für unser Land stets noch die Elektrizitätsversorgung, die jeden Winter, zumal nach ausgiebigen Trockenperioden, böse Engpässe verursacht. Leider schreitet der Ausbau der Werke nur teilweise (Handeck, Kossens, Salanfe) vorwärts, während es im Osten des Landes harzt. Die Lösung dieser Frage ist aber für unsere Wirtschaft von großer Bedeutung.

Der Geldmarkt war nach vorübergehender Verknappung erneut flüssig. Der erhöhten Beanspruchung standen erneute Kapitalzuflüsse zur Verfügung. Der Gold- und Devisenstand der Nationalbank hat mit über 6057 Mill. Fr. einen Höchststand erreicht. Der offizielle Diskontsatz betrug nach wie vor $1\frac{1}{2}$ %, der Privatsatz $1\frac{3}{4}$ %, der Lombardsatz $2\frac{1}{2}$ %. Der Hypothekenzinssfuß im 1. Rang hat sich auf $3\frac{3}{4}$ % gehoben. Auf dem Obligationenmarkt wurde eine Rendite von durchschnittlich 3,3 % verzeichnet. Die Emissionstätigkeit war 1948 wieder reger. So sind 769 Mill. Fr. Anleihen emittiert worden, wovon 297 Millionen auf Konversionen und 472 Millionen auf Neuanlagen entfielen. Es mußte dabei vom $3\frac{1}{2}$ % Typ zum $3\frac{3}{4}$ % Typ zurückgekehrt werden.

Der Außenhandel verzeichnete mit fast 5 Milliarden Fr. Importen eine Zunahme von 179 Millionen und mit 3434 Mill. Fr. Exporten einen Zuwachs von 168 Millionen gegenüber dem Vorjahr, so daß sich der Passivsaldo mit 1564 Mill. Fr. annähernd gleichblieb. In den beiden letzten Jahren hat die Ausfuhr wieder 68 % der Einfuhr betragen, während sie 1938 82 %, 1945 gar 120 % und 1946 78 % betragen hatte. Nenngemäßig stehen nun unsere Einfuhren um 20 %, unsere Ausfuhren um 10 % über dem Vorkriegsstand, wertmäßig betragen sie bei der Einfuhr das dreifache, bei der Ausfuhr dagegen nur das zweieinzwweifelhache wie vor dem Krieg.

Wirtschaftspolitisch war eine deutliche Reaktion gegen die verabschiedete Kriegswirtschaft zu spüren. Der Drang nach wirtschaftlicher Freiheit äußerte sich bereits im März 1948 in der Verwerfung der Zuckervorlage, die durch Errichtung einer zweiten Fabrik und Finanzierung über den Weg gewisser Importabgaben der Ausdehnung des Zuckerrübenbaues in der Schweiz den Weg ebnen wollte. Noch deutlicher äußerte sich der Volkswille

gegen allzu einengende staatliche Vorschriften beim Tuberkulosegesetz, das im Mai 1949 zur Abstimmung kam, wobei eine absolut begründete Revision des Banknotenartikels der Bundesverfassung (Aufhebung der Einlösung der Banknoten in Gold) mitverworfen wurde. Einen schwierigen Start hatte deshalb auch die neue Landwirtschaftsgesetzgebung, für die erst ein Entwurf vorliegt, zu welchem sich die Wirtschaftsverbände nun zu äußern haben und wo alle interventionistischen Bestimmungen sehr kritisch beurteilt werden. Ähnlich erging es auch dem Gesetz für die Erhaltung des bäuerlichen Grundbesitzes, das noch nicht verabschiedet ist. Vor den Räten liegt auch eine Vorlage auf Revision des Alkoholgesetzes, welche die dank Fiskalnotrecht und Vollmachten erreichten Errungenschaften in der brennlosen Kartoffel- und Obstverwertung gesetzlich verankern soll. Auch das Getreidegesetz steht in Revision.

Die eidg. Staatsrechnung schloß im Jahre 1948 mit einem Einnahmenüberschuß von 199 Mill. Fr. gegenüber 221 Mill. Fr. im Vorjahr ab. Zieht man davon den Passivüberschuß der Kapitalrechnung ab, so verbleibt ein Reinertrag von 176 Mill. Fr. Die Verwaltungseinnahmen standen mit 2091 Mill. Fr. um 63 Mill. Fr. unter dem Vorjahr, die Ausgaben mit 1892 Mill. Fr. um 41 Mill. Fr. unter den Aufwendungen von 1947. Mehreinnahmen sind namentlich bei der Wehrsteuer, der Warenumsatzsteuer, der Verrechnungssteuer und der Tabaksteuer eingetreten, während die Zolleinnahmen mit 375 Mill. Fr. sich ziemlich gleich geblieben sind. Bei den Ausgaben haben die Bundessubventionen eine weitere Zunahme von 427 auf 471 Mill. Fr. erfahren und sind nun auch die UWB-Aufwendungen mit 120 gegenüber 27 Mill. Fr. in Erscheinung getreten. Trotzdem konnten dank Abbau anderer Posten die Gesamtausgaben gesenkt werden.

Ganz bedeutende Schwierigkeiten hat die Bundesfinanzreform gebracht, die eigentlich Ende 1949 zur Ablösung des Fiskalnotrechts hätte bereinigt werden sollen, über welche aber sich die eidg. Räte bis heute noch nicht haben einigen können. Hauptstreitpunkt bildet die vom Bundesrat vorgeschlagene Tilgungssteuer, die vom Ständerat abgelehnt wurde, weil dieser eine Reform ohne direkte Bundessteuer wünscht. Da aber der Nationalrat an der Tilgungssteuer festhalten will, wird sich die Differenzvereinbarung nicht leicht gestalten. Auch die Getränkesteuer stößt auf starke Widerstände, namentlich in der welschen Schweiz. Das Bundesbudget soll auf einen Betrag von 1300 Mill. Fr. ausgeglichen werden; wie jedoch die Finanzierung schlussendlich aussehen wird, ist eine offene Frage.

Bei den Bundesbahnen sind trotz Tarifierhöhung die Betriebseinnahmen nur um 2 % gestiegen, während der Betriebsaufwand 10 % mehr beanspruchte als im Vorjahr. Der Betriebsüberschuß blieb mit 182 Mill. Fr. um 28 Mill. Fr. hinter dem Vorjahr zurück. Seit August 1948 ist der Verkehr stark zurückgegangen, und zwar beim Personen- wie beim Güterverkehr, u. a. weil die Automobilkonkurrenz wieder recht fühlbar ins Gewicht trat. Ferner wird aus Währungsgründen der Transitverkehr durch die Schweiz mehr und mehr vermieden.